

Ercheint alle 14 Tage.
Biertelj. Bezugspreis
1,50 Mk.
Zu beziehen im Verlag
"Die Eiche", Berlin
N.D. 55, Greifswalder
Straße 222.

Die Eiche

Anzeigen für die sechs-
gespaltene Beitzelle
20 Pfg.
Arbeitsmarkt 15 Pfg.
Ortsvereinsanzeigen
10 Pfg.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 31/32

Berlin, den 9. August 1929

40. Jahrg.

Fernsprechamt
Alexander 4719

Alle Zuschriften für "Die Eiche" an P. Volkmann, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerksvereins bestimmten Postfächer sind zu adressieren: Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N.D. 55, Greifswalderstr. 222. Sämtl. Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin, N.D. 55, Greifswalderstr. 222, Postfach 39321 beim Postfachamt Berlin N.W. 7.

Fernsprechamt
Alexander 4719

Verfassungs-Jubiläum.

Am 11. August d. J. sind 10 Jahre in das Land gegangen, als dem deutschen Volke eine auf demokratischer Grundlage aufgebaute neue Gesetzgebung gegeben wurde, die man jetzt allgemein als die deutsche Verfassung bezeichnet. Man muß sich in die damalige Zeit, in die Erinnerung zurückversetzen, um die entschlossene Tat wahrhaft demokratischer Männer in ihrem ganzen Umfange würdigen zu können. Dies ist uns so notwendig, immer wieder festgehalten zu werden, indem es heute Leute gibt, die mit allen verwerflichen Mitteln versuchen, das Werk dieser Männer herabzuwürdigen.

In der Geschichte hat man leider immer wieder diese Tatsachen zu verzeichnen, daß Männer mit der ehelichsten Überzeugung und glühender Vaterlandsliebe, ausgerüstet mit einem Weitblick, die den Augenblick an nichts andres denken, als in der größten Stunde der Gefahr ihr geliebtes Vaterland zu retten, später von Hochköpfen, sogenannten Bierbankpolitikern, oder politischen Drahtziehern verunglimpft werden. Es wird noch vieler Aufklärung bedürfen, um dem Gesamtvolk klar zu machen, welchen Gewinn das deutsche Volk durch die Weimarer Verfassung erhalten hat.

Der Weltkrieg mit seinen körperlichen und seelischen Qualen war beendet, das deutsche Volk stand am Abgrund der Verzweiflung, der Hunger hatte die stärksten Naturen ruiniert. Die Erbitterung über die in den langen Jahren des Krieges ausgeübte Ungerechtigkeit kannte keine Grenzen, ein wildes Durcheinander war die Folge. Unverantwortliche kamen an die Oberfläche; es schien, als ob die Anarchie und Ungeheuerlichkeit den Sieg davontragen würden. In dieser Zeit, wo der Appell an die niedrigsten Leidenschaften im Volke Begeisterung auslöste, arbeitete die Nationalversammlung in Weimar an der Gestaltung einer neuen Reichsverfassung. Hart waren die Aufgaben, sie stellten Anforderungen an die Beteiligten, die weit über die Grenzen des Erträglichen und Möglichen hinausgingen. Die neue deutsche Reichsverfassung ist gefasst und beschlossen worden, um mit ihrer Veröffentlichung am 11. August 1919 Gesetzeskraft zu erlangen.

Es war ein überaus feierliches Moment, als am 31. Juli 1919 die deutsche Nationalversammlung zur Abstimmung und die Vorlage über die neue Reichsverfassung mit 262 gegen 75 Stimmen annahm. Gleich darauf ging über dem Weimarer Versammlungsgebäude die neue großdeutsche demokratische Reichsfahne „Schwarz-Rot-Gold“ in die Höhe. Der feierliche Augenblick gab dem damaligen Ministerpräsidenten Bauer Veranlassung zu einer Ansprache, in der er sagte:

Durch ihre eben beendete Abstimmung ist die Verfassung der deutschen Republik in Recht und Gültigkeit getreten. Sie ist die wahre Geburtsurkunde des Staatswesens, das von nun an Form und Träger des deutschen Volkswesens bilden soll. Eine neue Zeit beginnt; möge es auch eine bessere sein. Heute setzen wir den ersten Fuß wieder auf den festen Boden nach einem fast fünfjährigen Marsch durch das Meer von Blut, Haß und Entbehrung. Wir gehören zusammen, welcher Partei und Weltanschauung wir auch angehören, und zusammen müssen wir das neue Staatsleben beginnen. Nicht einmal in dieser feierlichen Stunde können wir den tiefen Miß zu verhallen suchen, der durch unser Volk geht. Krieg und Friedensereignisse haben uns auseinander gebracht. Wir stehen in parteipolitischer Gegnerschaft. Es ist mir Pflicht und Bedürfnis, heute auch einmal von dem andern zu sprechen. Wir sind auch Landsleute. Blutsverwandte, Deutsche. Wir stehen in unauflösbaren Schicksalsgemeinschaft. Wir könnten gar nicht auseinander, selbst wenn wir wollten, selbst wenn uns der Friedensvertrag nicht wie eine unlösliche Fessel aneinander sämiedete. Heute haben Sie in voller Freiheit einen neuen unlöslichen Vertrag abgeschlossen. Das Volk hat ihn durch Sie geschlossen mit sich selbst. In freier Abwägung der Rechte und Pflichten aus den Händen des Volkes haben Sie Ihr Mandat empfangen. In seine Hände legen Sie nun das politische Gesetzbuch der Republik.

Es ist mein und Ihr aller inbrünstigster Wunsch, daß es die Grundlage des neuen Aufstiegs für den Einzelnen und für die Gesamtheit sein möge. Ich glaube an Deutschland und Sie alle müssen an seine unzerstörliche Stärke glauben, sonst hätten Sie es nicht unternommen können, in diesen trübsten Tagen des Zusammenbruchs ein Werk des Aufbaues durchzuführen. In diesem Augenblick steigt die Fahne der neuen Republik am Mast dieses Hauses empor. Das ist ein äußeres, manchen schmerzliches Zeichen der neuen Zeit. Wie unter der neuen Fahne gekämpft und gearbeitet wird, welche Gesinnung das neue Werk führen wird, darauf kommt es an. Wir alle müssen unser Bestes tun, um den neuen Farben eine friedvolle Geschichte der Gerechtigkeit und Versöhnung zu erringen. Das Bild der Reichsfarben muß mehr sein als ein Symbol, es kann mehr sein, möge es sein das Signal für die glückliche Fahrt in die wiedergeborene Welt hinein.

Der damalige Reichsminister des Innern, Dr. David äußerte sich folgendermaßen: Ein großes Werk, groß nach seiner Bedeutung nach dem Maß der Arbeit, die an ihm geleistet wurde, haben Sie zum Abschluß gebracht.

Alle Sklaverei ist freiwillig. Denn ihr Wesen besteht nicht in der Macht des Unterdrückers noch in irgend einer Not, die unabwendbar wäre, wie Krankheit, Greisentum, Tod, sondern in dem stets erneuten willkürlichen Gehorsam des Unterdrückten, der aus Furcht geleistet wird. Aus Furcht vor anscheinend Schlimmerem, vor Leiden, die doch fast immer nur Leiden des Leibes und Lebens sein können.

Deshalb ist Sklaverei nur möglich, wo Furcht herrscht: sie ist die eigentste Not des Furchtmenschen und deshalb als Ausübung seine eigentste Begierde. Der Furchtlose übt weder noch duldet Sklaverei. „Lieber tot als Sklav“ ist der Wahlspruch starker Menschen.

Walter Rathenau.

Ein besonderes Wort des Dankes und der Anerkennung gebührt dem Verfasser des Entwurfes, meinem Amtsvorgänger Dr. Preuß. Er darf den heutigen Tag als einen persönlichen Ehrentag ansehen. Als den Tag, wo die überaus sachkundige und pflichteifrige Arbeit, die er an dieses Werk gesetzt hat, einer glücklichen Vollendung entgegen gegangen ist. Im Namen der Reichsregierung spreche ich Ihnen den Dank aus.

Die neue Verfassung findet scharfe Kritiker auf der Rechten dieses Hauses und der äußersten Linken. Aber auch ihnen wird die neue Verfassung gerecht. Sie hindert sie nicht, ihre politische Auffassung zu vertreten, sie gibt ihnen die Möglichkeit, auf legalem Wege die Umgestaltung in ihrem Sinne zu erreichen, vorausgesetzt, daß sie die erforderliche Mehrheit des Volkes für ihre Anschauungen gewinnen. Damit entfällt jede Notwendigkeit politischer Gewaltmethoden. Der Wille des Volkes ist nun das oberste Gesetz. Wer den Willen des Volkes für seine politische Auffassung gewinnt, der gewinnt das Recht, das Steuer des Reiches zu führen. Die Bahn ist frei für jede gesunde friedliche Entwicklung. Das ist der Hauptwert einer echten Demokratie. In dem Maße, wie dieser Wert von unserm Volke erkannt wird, wird sich die neue Verfassung bewähren als der stärkste Hort des inneren Friedens.

Auch im Wirtschaftlichen soll die Verfassung den Weg zum Frieden bahnen. Nicht nur die politische, auch die wirtschaftliche Demokratie ist in ihr verankert. Das wirtschaftliche Organisationsystem wird den feindlichen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit überwinden. Damit entfällt auch das Faustrecht auf wirtschaftlichem Kampfgebiet. Fürsends in der Welt ist die Demokratie konsequenter durchgeführt, als in dieser Verfassung. Wir haben das demokratische Wahlrecht und wir haben zum ersten Male die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frau. Die deutsche Republik ist fortan die demokratischste der Welt. Möge das neuzeitlich errichtete

Haus dazu beitragen. Das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit bei allen seinen Bewohnern zu stärken. Möge es überall den Willen der Zusammengehörigkeit mit dem Mutterlande stärken, soweit die deutsche Zunge klingt. Die Not des Krieges, die schwere nachfolgende Zeit, haben den Lebenswillen des deutschen Volkes nicht gebrochen. Möge dieser Wille stärker werden durch diese Not, stärker als zuvor.

Zehn Jahre sind seit dieser Zeit verfloßen, manches hat sich in dieser Zeit geändert. Der Verfasser des Verfassungswerkes Hugo Preuß ruht längst in kühler Erde, sein Geist jedoch, der in dem Werke verankert ist, lebt weiter in der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes. Ebenso haben sich Männer wie Ebert, Rathenau und Erzberger im Volke ein dauerndes Andenken bewahrt. Daran werden auch die Anpöbeleien einzelner Dreckfinken nichts ändern. Es ist ja nichts leichter, als jetzt, nachdem die Gefahren in der Hauptsache beseitigt sind, aus dem Mauselloch hervor zu kriechen und die große Klappe aufzureißen. Vor zehn Jahren sah es wesentlich anders aus, da gehörte etwas mehr Mut dazu, dem Volke unsere verzweifelte Lage klar zu machen. Es gab damals kritische Augenblicke genug. Die politischen Verhältnisse waren noch völlig ungeklärt, der Bestand der deutschen Republik war durchaus nicht gesichert. Die Bogen gingen so hoch, daß stets große Gefahren vorhanden waren. Wenn wir heute nach zehn Jahren die Verhältnisse als ziemlich geregelt und stabil finden, so ist daran die Reichsverfassung nicht ganz unschuldig.

Die Verfassung, die wir vor zehn Jahren erhalten haben, übertrug die Staatsgewalt dem Volke, was auch der Artikel 1 ganz klar sagt:

„Das deutsche Reich ist eine Republik.
Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Damit ist der Weg frei gemacht worden zu einer Neuordnung der Dinge, wobei die Gleichberechtigung aller Volksgenossen oberster Grundsatz war. Die Arbeitnehmerschaft ist in ihren Entschlüssen freier geworden, es kann nicht mehr davon gesprochen werden, daß die breiten Massen sich dem Willen von Machthabern zu unterwerfen haben. Das ist der große Unterschied gegen früher. Leider wird das nicht überall begriffen. Es gibt auch Auffassungen, die dahin gehen, daß nur das Volk (worumunter die Arbeiterschaft gemeint ist) zu bestimmen haben soll. Andererseits sind auch noch Bestrebungen im Gange, die der Diktatur von oben das Wort reden. Alle diese Sonderbestrebungen finden in einem Volksstaat keinen Raum. Gesetz und Recht allein gewährt den Aufstieg und Fortschritt eines Volkes.

Manches läßt unser Volksstaat noch zu wünschen übrig, manches ist noch erstrebenswert. Dringend zu fordern ist in erster Linie, daß man den Kreisen, die zwar von der Republik hohe Gehälter und Pensionen einstecken, jedoch jede Gelegenheit benützen, um diese Staatsform in jeder Weise zu bekämpfen, erhöhte Aufmerksamkeit schenkt. Das Gebahren dieser Kreise ist einfach für die Dauer unerträglich. Bei aller Kritik und bei aller berechtigten Wünschen, auch vom Arbeiterstandpunkt, darf man jedoch die Schwierigkeiten nicht übersehen, die zu überwinden waren und noch zu überwinden sind. Schwierigkeiten, die auf innen- und außenpolitischem Gebiete liegen.

Und gerade diese Schwierigkeiten sollten dazu beitragen, nicht nur an Rechte zu denken, sondern sich auch der Pflichten dem Vaterlande gegenüber bewußt zu sein. Wenn durch solidarisches Pflichtbewußtsein des deutschen Volkes die Verfassung gefestigt und gesichert wird, dann dürfte auch für Deutschland ein zwar langsamer aber sicherer Aufstieg erfolgen.

Wenn wir so das zehnjährige Bestehen der deutschen Verfassung auffassen, dann werden wir trotz aller Demütigungen den kommenden Dingen ruhig ins Auge sehen können. Dieser Erinnerungstag muß auch zu gleicher Zeit eine ernste Mahnung sein, die Kräfte zu stärken, sie einzusetzen für ein freiheitlich deutsches Vaterland.

Schließt die Reihen!

Immer wieder müssen wir den Mahnruf an die Kollegen und Kolleginnen richten:

Wacht neue Mitglieder für den Gewerksverein!

Helft mit bei der Ausbreitung der Gewerksvereins-idee!

Werbearbeit für die Organisation zu leisten, hat in der Vergangenheit ein großes Maß von Opferfreudigkeit und Hingabe für eine große Sache erfordert. Auch in Gegenwart und Zukunft wird es so sein. Wo Alles mit Neuem kämpft, wo sich lebendige Kräfte einsetzen, um Neues zu formen und Ueberlebtes durch Schöneres zu ersetzen, werden Opfer gefordert und Hingabe verlangt. Niemals in der Geschichte der Menschheit hat eine Gesellschaftspflicht kampflos ihre Position dem Gegner überlassen.

Die Arbeiterklasse erkennt in steigendem Maße, daß der Einzelne nichts bedeutet in dem Kampf um die wirtschaftliche Existenz und daß eine geschlossene Front Angriffe abwehren und Kämpfe siegreich führen kann. Gewiß, die in allen Gewerkschaftsrichtungen organisierte Arbeitnehmerschaft ist eine stattliche Zahl, sie ist eine gewaltige Macht. Demgegenüber steht immer noch eine nicht zu übersehende Zahl Unorganisierter, die zwar ernten, aber nicht säen wollen. Hier liegt der Hemmschuh des Aufstiegs für die Arbeitnehmerschaft. Würden nicht die großen Fragen der Sozialpolitik, der Wirtschaft und des Arbeitsrechts eine ganz andere Behandlung erfahren, wenn die erwerbstätigen Schichten der Bevölkerung ihre Lage erkannt und sich den Gewerksvereinen angeschlossen hätten? Jeder klarschauende Mensch wird diese Frage bejahen müssen. Weil große Massen der arbeitenden Bevölkerung dem Gewerksverein noch fernstehen, müssen wir immer wieder an die Unorganisierten appellieren, daß sie ihre Gleichgültigkeit ablegen und die Kampffront der Gewerksvereine durch ihren Beitritt stärken.

Wir brauchen eine lückenlose Organisation, wenn wir Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben erfüllen wollen.

Auf den Einzelnen kommt es an. Jedes Mitglied hat die Pflicht, die Bestrebungen des Gewerksvereins — dazu gehört in erster Linie die Werbearbeit — nach Kräften zu fördern und durchzuführen zu helfen. Der Gewerksverein erwartet von seinen Mitgliedern Pfllichterfüllung, die neben andern auch darin besteht, daß für gute Organisationsverhältnisse an den Arbeitsstätten gesorgt werden muß. Unorganisierte, deren Lohn- und Arbeitsbedingungen wir regeln, die dauernd die Früchte ehrlicher Organisationsarbeit einheimen, die immer einen, ohne gefüt zu haben, dürfen wir nicht länger dulden. Wir müssen diese Kollegen aufklären und ihnen ihr unkollegiales Verhalten bei jeder Gelegenheit vor Augen führen. Niemals dürfen wir erlahmen in dieser wichtigen Aufklärungsarbeit. Immer wieder müssen wir versuchen, das Organisationsgebiet auszuweiten und neue Kampferfahrungen dem Gewerksverein zuzuführen.

Wir stehen am Anfang einer Epoche gewerkschaftlicher Machtenthaltung. Noch nie in der Vergangenheit wurden den wirtschaftlichen Organisationen größere Aufgaben in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft gestellt wie in der Nachkriegszeit. Die Gewerkschaften der Vorkriegszeit mußten neben dem Kampf um die Verbesserung der beruflich-wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder mit einem scheinbar hundertfach überlegenen, wirtschaftlich und sozial stärkeren Unternehmertum um ihre Anerkennung ringen.

Mit der staatlichen Umwälzung wurde der Kampf um die Anerkennung der Gewerkschaften durch das Unternehmertum beendet, der Kampf um die soziale Gleichberechtigung, um wirtschaftliche Ebenbürtigkeit, um Freiheit, Menschewürde und größeren Anteil an den Gütern der Kultur wird mit zäher Energie weitergeführt werden müssen.

Dieser Kampf wird in seinen Auswirkungen ständig an Umfang gewinnen, er wird aber nur von Erfolg gekrönt sein, wenn es gelingt, die fernstehenden Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Die Zukunft der Arbeitnehmerschaft verlangt gebieterisch, daß wir der neuen Entwicklung Ziel und Richtung geben. Die Arbeitnehmerschaft ist der starke Bahnbrecher wahrer Zivilisation.

Bei dieser Kulturarbeit muß jede Selbstsucht in den Hintergrund treten, die Bahn muß geebnet sein für den Aufstiege einer wahrhaft freiheitlich-nationalen Arbeitnehmerschaft. Die Arbeiter, die vor 40 oder 60 Jahren den Weg zur Organisation fanden, die fragten weniger danach, was ihnen selbst die Sache nützt, denn sie waren fest überzeugt, daß nur auf dem Wege des Zusammenhanges eine Besserung der Lage zu erreichen ist. Was sie erkämpft haben, ist für die Egoisten von heute etwas Unbegreifliches, weil sie sich die damaligen Verhältnisse nicht vorstellen können und weil ihnen das Erreichte nützlich in den Schatz gefallen ist. Was auf dem Wege des Zusammenhanges und des gesamten Sozialpolitik erreicht worden ist, möge immer noch nicht sein, worauf die Arbeitnehmerschaft als wirtschaftlicher Faktor einen berechtigten Anspruch hat. Aber es ist im zähen Ringen von der organisierten Arbeitnehmerschaft erkämpft worden und muß bis auf den heutigen Tag vor ihr verteidigt werden. Diese Pioniere des Fortschritts sind nicht nur bereit, das bisher Erreichte zu verteidigen, sondern sie wollen weiter aufbauen, um die höchste Stufe der Kultur zu erklimmen,

sie wollen der späteren Generation den Aufstieg erleichtern, indem sie ständig, unermüdet an der Bessergestaltung der Lage der Arbeitnehmerschaft mitarbeiten. Diese Arbeit wird erleichtert, wenn sich ständig neue Mitarbeiter finden, wenn sich Jung und Alt zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen, die sich stolz und frei fühlen bei ihrer Arbeit, deren Blick vorwärtsstrebend gerichtet ist, und die nur das Wohl der deutschen Arbeitnehmer und des Gewerksvereins im Auge haben.

In diesem Sinne muß die Werbearbeit geführt werden, dann wird diese Arbeit auch von Erfolg gekrönt sein. Ständig muß die Parole herausgegeben werden:

Schließt die Reihen!

Das Problem der Kleintwohnungen.

Seine wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung.

Von Baurat Alexander Klein, Berlin.

Die Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen stellt uns die nachfolgenden Darlegungen zur Verfügung, denen das Interesse unserer Leser gewiß sein dürfte.

Während vor dem Kriege der Wohnungsbau rein privatwirtschaftlich vom Gesichtspunkt der Rentabilität aus getrieben wurde, hat die Verwendung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau, die nach dem Kriege notwendig wurde, die Behörden mitverantwortlich gemacht. Das hatte zur Folge, daß die kulturellen Zusammenhänge und die Gemeininteressen an Bedeutung gewannen. Wirkliche Fortschritte hat allerdings auch die Nachkriegszeit in Bezug auf den Wohnungsbau noch nicht gebracht; erst in der allerletzten Zeit wird eine ernste Bewegung zugunsten eines gründlichen Studiums der Wohnungsfrage und der Neugestaltung ihrer Grundlagen fühlbar.

Die Einsicht, daß beim Bauen von Wohnungen nicht nur die körperliche Seite des menschlichen Lebens, sondern auch die seelischen Momente zu berücksichtigen

Diese weitgehende Verkleinerung der Wohnungen während der letzten Jahre ist aber nicht ausschließlich mit den augenblicklichen, unter Umständen vorübergehenden Wirtschaftsverhältnissen (Bauindex, Kapitalbeschaffung und dergleichen) zu erklären, sie hat vielmehr auch Gründe sozialer Art und ist beeinflusst durch die hohe Stufe unserer technischen Entwicklung.

Vorausichtlich wird als Folge der Entstehung einer großen Anzahl solcher Wohnungen eine gewisse Bewegung innerhalb der Einkommensschichten beginnen, in dem die wirtschaftlich schwächeren Elemente den kleineren Wohnungen zustreben und die bisher von ihnen bewohnten größeren für die wirtschaftlich stärkeren Elemente freigegeben werden.

Wollen wir daher Wohnungen bauen, die trotz der Verschiedenheit der heute an sie gestellten Ansprüche eine gewisse Wertbeständigkeit aufweisen, so müssen wir folgerichtig das Prinzip getrennter Grundrisslösungen zur Schaffung von Arbeiterwohnungen einerseits und Bürgerwohnungen andererseits aufgeben.

Aber auch aus politischen Erwägungen heraus müßte es als Fehler bezeichnet werden, wenn wir heute zwischen den verschiedenen Schichten eines Volkes, für die doch diese mit staatlicher Unterstützung erbauten Volkswohnungen bestimmt sind, derartig betonte Unterschiede machen wollten.

Was die „Wohnsitte“ und die durch diese bedingten Unterschiede in den Grundrisslösungen betrifft, so muß anhand einer sorgfältigen Untersuchung festgestellt werden, welche Ursachen die Entstehung dieser Wohnsitte veranlassen und ob diese Ursachen noch bestehen. Ist dies nicht mehr der Fall, so haben die aus ihnen hervorgerufenen Verschiedenheiten natürlich auch keine weitere Existenzberechtigung mehr.

Bei Grundrisslösung und Raumgestaltung sollten vor allem die Familien- (Bettenzahl) und klimatischen Verhältnisse ausschlaggebend sein.

Soweit besondere Ansprüche gestellt werden müssen, wie z. B. bei ländlichen oder Fabrik-Siedlungen und dergl., gilt das vorstehend Gesagte natürlich nur mit entsprechender Einschränkung.

Die durch die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse bedingte Verkleinerung der Wohnung braucht keineswegs stets eine Verschlechterung der Lebensbedingungen zur Folge zu haben. Es kann im Gegenteil mit Recht behauptet werden, daß sich bei einer Verkleinerung der Wohnfläche bis zum „Wohnungsminimum“ sogar eine Hebung der sogenannten „Wohnkultur“ erreichen läßt. Das ist selbstverständlich nur dann möglich, wenn dem darin gerichteten Bestreben kein primitives, sondern ein tiefes und lebenswahres Verstehen des Begriffes „Wohnkultur“ zugrunde liegt. Vertretbar ist allein ein Wohnungsminimum, das alle erforderlichen qualitativen und quantitativen Eigentümlichkeiten umfaßt.

Die Schaffung eines solchen „Wohnungsminimums“ und die dadurch bedingte möglichst vollkommene Rationalisierung läßt sich nur bei ganz genauer Aufgabestellung durchführen. Diese ist aber mit der bisher üblichen Anwendung „variabler Wohnungen“ (d. h. Wohnungen mit verschiedener Benutzbarkeit der Räume) naturgemäß schwer vereinbar. Aus diesem Grunde ist die weitere Anwendung des Prinzips der variablen Wohnung bei Schaffung des heute zu erstrebenden Wohnungsminimums zu vermeiden.

Alle Ueberlegungen, die gegen die „variable Wohnung“ anzuführen sind, haben in gleichem Sinne auch in bezug auf die „wandlungsfähige Wohnung“ (eine für verschiedene Familienverhältnisse anzupassende Wohnung, die innerhalb des eigenen Rahmens oder auf Kosten der Nachbarnwohnung geändert werden kann) zu gelten. Entscheiden wir uns für eine „wandlungsfähige Wohnung“, so ergibt sich unbedingt schon bei ihrer Erbauung eine Reihe unnützer Ausgaben, die durch später eintretende Ueberschneidungen noch vergrößert werden. Auch die „zusammenlegbaren Wohnungen“ (d. h. Wohnungen, die im Hinblick auf eine spätere Zusammenlegung von 2 und mehr Wohnungen zu einer angelegt werden) müssen abgelehnt werden, da die vorerwähnten Nachteile auch in diesem Falle zur Geltung kämen, zumal dabei neben allem anderen überflüssig werdenden Aufwand noch die Anlage von doppelten Küchen, Bad, W. C. usw. hinzukäme.

Die Einwendung, daß die nach dem Prinzip des „Wohnungsminimums“ geschaffenen Wohnungen bei Rückkehr normaler wirtschaftlicher Verhältnisse sich als unbrauchbar erweisen könnten, ist nicht stichhaltig, weil solche kleinen „Kulturwohnungen“ für Leute mit bescheidenen Familienverhältnissen, wie Kinderlose, Jungverheiratete, Unbemittelte usw. immer Verwendung finden werden.

Wenn wir uns nun der Wohnung als selbständiger Einheit zuwenden, so muß gesagt werden, daß jede Wohnung ein lebendiger und dabei komplizierter Organismus ist, der erstens unseren Lebensforderungen entsprechen und zweitens die Möglichkeit gewährleisten muß, alle Lebensvorgänge, wie Schlafen und Waschen, Kochen und Essen, Arbeiten und Ruhen, in der einfachsten Weise zu betätigen. Daher muß der Grundrissentwurf sowohl im Ganzen als auch im Einzelnen tief durchdacht sein und den Charakter einer Präzisionsarbeit tragen, bei der auch die Frage einer günstigen Möbelunterbringung stets im Auge behalten werden muß.

Wer den Fortschritt will,

**wer Liebe zu seinen Nächsten hat,
wer Unterdrückung abschütteln will,
wer als gleichberechtigter Staatsbürger gelten will und wer seine Organisation lieb hat und sie zu schätzen weiß, der wirbt ohne Unterlass für seine Berufsorganisation,**

den Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

sind, gewinnt immer mehr an Boden, wenn auch bis heute die wissenschaftlich bereits feststehende Tatsache der heilenden Wirkung einer günstigen Umgebung auf unseren psychischen Zustand noch viel zu wenig bekannt ist. Angehts eines derartigen Einflusses der Umwelt auf unser Wohlbefinden können wir uns nicht mehr damit zufrieden geben, daß uns zum Wohnen irgend ein überdachter, ohne Sinn für die seelische Seite unseres Lebens in Zimmer aufgeteilter Raum angewiesen wird. Die Wohnung, die wir uns schaffen, muß im lebendigen organischen Zusammenhang mit den heutigen Lebensbedingungen und mit den zeitgemäßen kulturellen Bedürfnissen stehen. Sie muß den notwendigen Forderungen größerer Billigkeit und Einfachheit entsprechen und in ihrem Teil dazu beitragen, uns das Leben zu erleichtern, unsere körperlichen und seelischen Kräfte zu erhalten. Insbesondere muß dies für die Bewohner der Großstädte gefordert werden.

War die Lösung dieses Problems schon immer wichtig, so gewinnt sie heute in einer Zeit, die uns einerseits Einschränkungen bezüglich der zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten auferlegt und uns andererseits einen noch nicht dagewesenen und möglichst schnell zu überwindenden Wohnungsmangel gebracht hat, eine ganz besondere Bedeutung.

Der stark gestiegene Bauindex, die teure und schwierige Beschaffung der nötigen Baugelder und die verschlechterte Wirtschaftslage im allgemeinen sind die Hauptursachen für die gewaltige Wandlung in Bezug auf die Abmessungen der Wohnungen geworden, die jedem bei einem Vergleich der Wohnungen der ersten Nachkriegszeit mit Wohnungstypen der letzten Jahre sofort auffallen muß. Ist doch die früher allgemein als Minimum geltende Größe von 70 Quadratmetern heute zur zulässigen Höchstgrenze gegenüber der früher angenommenen Maximalgrenze von 130 Quadratmetern geworden; man ist später sogar auf Abmessungen von 48 bis 57 Quadratmetern zurückgegangen, ja man zieht nun schon seit über einem Jahr die Möglichkeit der Schaffung von Wohnungen von 36 Quadratmetern Grundrissfläche in Erwägung!

Der Architekt wird sich außerdem mit der Frage zu befassen haben, inwiefern gewisse ästhetische Momente bei dem heutigen Wohnungsbau beachtet werden sollen, ob er also lediglich eine Sache nach der Berechnung darstellt oder ob dabei auch der „Kunst“ eine Aufgabe zufällt. Als „Kunst“ dürfte jedoch nur das angesprochen werden, was zu einer gewissen Vollkommenheit geliebt ist, ganz abgesehen davon, ob die betreffenden Dinge billig oder teuer sind, ob sie aus Hand- oder Maschinenarbeit hervorgingen.

Das Verhältnis der Möbel und Möbelgruppen zu einander und zum Raum muß sorgfältig abgemessen sein, wobei auch die durch die Möbelgruppen bedingten Farbkomplexe zu beachten sind. Die so entstehende Raumwirkung nennen wir eine „ruhige“, wie sie ganz besonders bei Kinderzimmern zu fordern ist, und zwar aus pädagogischen Gründen. Die schwierige Aufgabe, die Kinder daran zu gewöhnen, daß sie sich ganz auf die gegebene Beschäftigung konzentrieren, wird dadurch wesentlich erleichtert. Die durch eine „ruhige“ Raumwirkung erreichbare Erhaltung und Schonung unserer Nervenzkräfte ist mindestens von gleicher Bedeutung, wie die Schonung der physischen Kräfte einer Frau bei ihrer täglichen Arbeit in der Küche — ein Arbeitsvorgang, den nach dem Prinzip der wirtschaftlich ersparten Kräfteersparnis zu organisieren man doch heute ernsthaft bemüht ist.

Muß man in dem Bestreben nach Sachlichkeit und Zweckmäßigkeit so weit gehen, jeden Schmuck aus unseren Wohnungen zu verbannen? Dies dürfte nicht der Fall sein, wohl aber erscheint es notwendig, das Details stets im Rahmen der vorhandenen Mittel bleiben und bei unbedingter Zurückhaltung sich nach dem Ganzen einfügen und unterordnen. Es wäre verfehlt, die Menschen zu hindern, in Form schmückender Einzelheiten ihrem individuellen Geschmack Ausdruck zu verleihen.

Aus den vorstehend dargelegten allgemeinen Grundsätzen, die der Schaffung von rationalen Wohnungen zugrunde liegen, sollen sich eine Reihe von Regeln aufstellen, deren Befolgung im Hinblick auf die gegenwärtigen Lebensbedingungen von ganz besonderer Bedeutung ist. Denn es versteht sich von selbst, daß bei den jetzigen kleinen Wohnungen alle Mängel und Unzulänglichkeiten besonders sichtbar werden und unser Leben noch komplizierter gestalten, als es an sich schon geworden ist. Die Lösung des schwierigen Problems des Wohnungsbaues kann daher nur auf Grund eines sorgfältigen und systematischen Studiums aller für eine möglichst vollkommene Wohnform entscheidenden Fragen erfolgen.

Protest gegen die Tabie Wand.

Der jüngst in hohem Alter verstorbene Geheimrat Dr. v. Bode war einer der besten Kenner der Plastik, besonders der deutschen Plastik und nicht allein das, sondern auch ein großer Liebhaber der Bildhauerkunst und der Bildhauer. Deswegen wollen wir Bildhauer ihm auch ein getreues Andenken bewahren, hat er doch durch seine Arbeiten und Veröffentlichungen in weiten Kreisen Gönner und Freunde für unsere Kunst erworben und als Generaldirektor der Preussischen Staatmuseen große bildhauerische Schätze für die Nachwelt gerettet und aufbewahrt. Als ein Mann von Charakter konnte er seine künstlerische Ueberzeugung, seine historische Erfahrung, sein natürliches Schönheitsgefühl nicht der neuen schmucklosen Richtung nicht zum Opfer bringen. Er lehnte sie ab und versäumte nicht, ihr in der Öffentlichkeit entgegen zu treten und das Schmuckbedürfnis auch des modernen Menschen mit seiner ganzen Autorität zu schützen. Wenn auf die Stimme dieses getreuen Eckarts nicht gehört würde, so ist das ein Beweis für die heutige Macht der materialistischen Gesinnung, für welche die Menschenmassen nur noch Maschinenfutter sind, zum Nutzen der internationalen Hochfinanz und zum Schaden der menschlichen Einzelpersonlichkeit.

Nachfolgend bringen wir einen bezeichnenden Warnruf Bodes, den er im Herbst im „Berliner Tageblatt“ erscheinen ließ und den wir zu seinem Gedächtnis abdrucken:

Ob das Verlangen der Architekten von heute, daß die Wände der Wohnräume ohne jeden Schmuck bleiben sollen, das Entgegenkommen der Eigentümer finden wird, scheint mir doch recht zweifelhaft. Uns allen Leuten werden sie es nicht verdenken, daß wir uns ablehnend dagegen verhalten; wir sind an die Kunstwerke, die uns umgeben, von altersher gewöhnt, und wollen auf diesen Genuß nicht verzichten. Aber ich zweifle auch sehr, ob junge Bauherren und Mieter — auch wenn sie noch so modern empfinden — dieser Forderung der Architekten sich fügen werden.

Sie ist der Beweis eines außerordentlichen Selbstbewußtseins der Architekten,

die zweifellos von den Kollegen der übrigen bildenden Künste als eine arge Rücksichtslosigkeit empfunden werden würde; würde ihnen doch dadurch die Möglichkeit, sich ihrer Kunst zu betätigen, sehr stark eingeschränkt werden!

Daß die Architekten so selbstherrlich und radikal auftreten, ist ein Ausfluß des Bestrebens, das die Kunst des 20. Jahrhunderts überhaupt beherrscht; mit der Bergarbeit willig zu brechen, ganz etwas Neues zu schaffen. Lassen ihre Leistungen solche Bestrebungen als berechtigt erscheinen? Nur „ganz einfache große Linien und Flächen“ wollen sie geben, sie verdammen jedes Ornament, ja selbst

Profile suchen sie zu vermeiden; auch Symmetrie ist möglichst auszuschließen. Dadurch machen auch die Innenräume dieser „hochmodernen Häuser“ einen außerordentlich kalten, nüchternen und harten Eindruck; aber von der überwältigenden Wirkung, die dadurch erzielt werden soll, vermag man nichts zu entdecken.

Bei ihrer Einförmigkeit und Nüchternheit bedürfen solche Räume ganz besonders der Ausstattung durch Gemälde und Bildwerke oder graphischen Schmuck,

da selbst der farbige Anstrich, der selbstverständlich nur ganz schlicht gestaltet ist, oder die Täfelung in kostbarstem exotischem Holz die Einförmigkeit solcher schmucklosen Räume nicht beseitigen kann. Die Innenräume sind doch Wohnräume, sollen den Bewohnern ein behagliches Heim bieten: wird dies Gefühl allein durch die Bewunderung der vom Architekten angestrebten stilvollen Großräumlichkeit in ihm hervorgerufen werden können? Gerade die Eindeutigkeit und vollständige Schmucklosigkeit der Wände und der Decke, die noch erhöht wird durch die Nüchternheit der wenigen Möbel, wie sie der Architekt bewilligt und natürlich selbst entwirft, damit ihm die Raumwirkung nicht durch irgendeinen berühmten „Innendecorateur“ (wie werden sich diese Künstler entsprechend umtaufen müssen?) verdorben wird, verlangt gerade eine Ausstattung der eben Wände durch Bilder, Radierungen und — terribile dictu! — evtl. selbst Photographien von Darstellungen und Dargestellten, die dem Bewohner ans Herz gewachsen sind. Sollen wir die Bilder, Wästen und Möbel unserer Vorfahren aus unseren Wohnzimmern verbannen, bloß um durch die kalten Wände einen ganz ungestörten Genuß von der eingeübten Größe unseres Architekten zu haben?

Erst durch diese lieben Ausstattungsstücke werden solche modernen Räume leblich wohllich gemacht werden;

der Bewohner kann bei ihrer Auswahl und Anordnung seinen Geschmack in reichem Maße zur Geltung bringen, und wird den Architekten, wenn er sich ihn unter den Modernsten gewählt hat, doch auch zu der Beihilfe bei der Aufstellung heranziehen können, wenn dieser seinen künstlerischen Rat bei einer solchen „Erdfressung“ seiner architektonischen Prinzipien auch nur mit schwerstem Herzen geben wird.

Diese Prinzipien des modernen, sagen wir lieber hypermodernen Architekten, widersprechen der Wohnungsausstattung aller Zeiten und Völker, sie wollen unsere Empfindung von Heim und Wohllichkeit über den Haufen werfen. Das wird ihnen aber nicht gelingen!

Zur Lohnbewegung der Holzarbeiter im Kreise Wittgenstein.

Im ganzen Reich haben die Holzarbeiter Lohnerhöhungen gefordert und zum größten Teil zum Abschluß gebracht.

Nur mit der rheinisch-westfälischen Holzindustrie und dem Holzgewerbe, — mit Ausnahme des linksrheinischen Gebiets, — wurde eine Verständigung nicht erzielt, so daß nach 17 tägigen Verhandlungen durch die Arbeitgeber zum Streik gedrängt wurde, indem sich die Verhandlungskommission der Arbeitgeber durch Zurückgabe ihrer Vollmacht parteiunfähig machte.

Was im ganzen Reich in fast allen Berufen, den veränderten Verhältnissen Rechnung tragend notwendig wurde, mußte auch die Arbeiterschaft der Holzindustrie im Kreise Wittgenstein anwenden. Auch hier wurde es zur unbedingten Notwendigkeit, den mit dem Wittgensteiner Arbeitgeberverband abgeschlossenen Lohnvertrag von der Arbeiterschaft durch die Gewerkschaften aufzukündigen und zu versuchen, durch Verhandlungen zu einem neuen Vertrag mit höheren Löhnen zu kommen. Dies noch ganz besonders, weil im Kreise Wittgenstein in der Holzindustrie die Ansprüche an die Arbeiterschaft in Form von Arbeitsleistungen nicht bescheiden genannt werden können. Im Gegenteil, die Arbeitgeber verstehen es, die Arbeitskraft des einzelnen Arbeiters so auszunutzen, daß nicht mehr von einer Bescheidenheit, sondern von übermäßiger Ausnutzung der Arbeitskraft gesprochen werden muß.

Wenn sich nun die Arbeitgeber des übrigen Reiches mit den Vertretern der Arbeiter an den Verhandlungstisch gesetzt haben, und so in der Erkenntnis der Notwendigkeit eine Erhöhung der Löhne möglich war, so stehen die Arbeitgeber der Holzindustrie im Kreise Wittgenstein auf einem anderen Standpunkt, wie nachstehendes an die Gewerkschaften gerichtetes Schreiben beweist.

Wittgensteiner

Arbeitgeberverband.

An die

Herren Organisationsvertreter

Zu den Lohnkündigungschriften vom 25. und 26. Juni 1929.

Die Tarifkommission lehnt einstimmig eine Erhöhung der derzeit geltenden Löhne ab, da die wirtschaftliche Lage der Holzindustrie dies untragbar erscheinen läßt.

Außerdem kann die Kommission auch nicht erkennen, daß eine wesentliche Verteuerung der Lebenshaltung seit der letzten Lohnerhöhung eingetreten ist, daß eine neue Belastung der schwer kämpfenden Holzindustrie veranwortet werden kann.

Kommentar überflüssig. Die Gewerkschaften werden zu dem Inhalt dieses Schreibens Stellung nehmen und die Arbeiterschaft wird das Verhalten der Arbeitgeber zu verstehen und begreifen, wie hoch dieselbe von den Arbeitgebern eingeschätzt wird.

Die Haltung der Arbeitgeber wird uns auch noch mehr Gelegenheit bieten, die Öffentlichkeit in Anspruch zu nehmen.

Der Kampf in Rheinland und Westfalen.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat der Kampf in Rheinland-Westfalen weitere Ausdehnung erfahren. Auf der anderen Seite ist es mit einzelnen Gruppen zu Vertragsabschlüssen gekommen. Eine Aussperrung des Rheinisch-Westfälisch-Lippischer Tischlerinnungsverbandes ist bisher nicht erfolgt. Derselbe ist nach wie vor zu Verhandlungen bereit, wenn die Lehrlingsfrage ausgeschaltet wird. Daß unter diesen Umständen an eine Verständigung nicht zu denken ist, dürfte auch diesen Herren bekannt sein. Wir wollen es uns heute versagen, näher darauf einzugehen, daß es gerade der Tischlerinnungsverband war, der die Verhandlungen über Schaffung einer Lehrlingsordnung auf dem neutralen Boden der Arbeitskammer verhindert hat. Die Kollegen in Rheinland-Westfalen werden den Kampf mit Ruhe und Entschlossenheit führen, bis auch in diesen Arbeitgeberkreisen sich die Erkenntnis Bahn gebrochen hat, daß die Arbeitnehmer ein Recht haben, in der Frage der Lehrlingsverhältnisse mitzubestimmen.

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ dichtet.

Die neueste Leistung der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ auf dem Gebiete der Heze gegen die Sozialversicherung überschreitet alle Grenzen. Man macht jetzt in Dichtungen. Und in welchen! Wir wollen heute eine Probe davon geben, wie schändlich man beispielsweise gegen die Sozialversicherung hezt. Es gehört allerdings Geschmack dazu, folgendes zu „dichten“:

Wer die Arbeit hat erfunden:
Hat ans Stempeln nicht gedacht,
Sonst hätt' man sich nicht so lange
Abgeradert und geplagt.
Leben ist jetzt ein Vergnügen
Hier auf dieser schönen Welt;
Ist der Ausweis nur gestempelt,
Dann erhält man auch sein Geld.
Warum soll man da noch schufteln,
Wenn das Nichtstun wird bezahlt?
Mögen Dumme schreien, pusten,
Ob es warm ist oder kalt.
Darum, liebe Stempelbrüder,
Macht euch keine Sorgen mehr!
Pflicht des Staates ist, zu sorgen
Für den Stempelpensiar.
Luftig, Brüder! Stempelt weiter;
Bleibet treu der „Grande Armee“,
Lebet herrlich und in Freuden,
Bis der Schmittler winkt: Ade!“

Diese Gemeinheiten gegenüber der Gesamtheit der deutschen Arbeitnehmer zeigen, mit welchen Geistern man es zu tun hat. Da es aber jeder einmal ganz gut haben soll, raten wir dem „Dichter“, das so vergängliche Leben der „Stempelbrüder“ doch einige Zeit zu „genießen“.

Von der Volkshochschule Comburg bei Schwäbisch Hall.

Nach Ablauf des Winterkurses fanden auf der Comburg verschiedene Veranstaltungen Aufnahme, wie die Arbeitswoche der deutschen Freischar über die Friedensfrage, ein Kurs des Württembergischen Vereins der Säuglingspflegerinnen, ein Funktionärkurs des deutschen Bauergewerksbundes und je ein Schulungskurs für arbeitslose Kaufleute und für arbeitslose Metallarbeiter. Während dieser Zeit besichtigte der Württembergische Landtag und die Staatsregierung die Volkshochschule.

Seit Mitte April ist der regelmäßige Sommerkurs im Gang, der bis Ende Juli dauert und an dem 36 Schüler, darunter ein Luxemburger, ein Engländer und ein Isländer, teilnehmen. Nebenher finden kürzere Veranstaltungen verwandter Bewegungen statt. So kommt die Volkshochschule Stuttgart mit verschiedenen Gruppen, ferner die Volkshochschule Nürnberg und die Volkshochschule Bristol-England für kürzere Zeit; im Mai weilte eine englische Mädchengruppe auf der Comburg.

Im Sommer und Herbst werden noch einige Freizeiten, wie die Laienspielwoche, die Musikfreizeit, die Dorfwoche, die Buchhändlerfreizeit stattfinden; außerdem halten die Quäler ihre Jahresversammlung auf der Comburg ab.

Der Winterkurs für Arbeiter wird nicht wie sonst von Mitte September bis Weihnachten, sondern, damit die Kursteilnehmer nach Beendigung des Kurses leichter wieder Arbeit finden,

vom 1. November 1929 bis Ende Februar 1930 mit kurzen Weihnachtstagen dauern.

Die Kurskosten betragen M. 250,—, Unterkunft und Verpflegung inbegriffen. Für Teilnehmer aus den meisten württembergischen Industriegegenden stehen Teil- und Vollfreistellen zur Verfügung.

Die Unterrichtsgebiete sind:

Wirtschaftskunde, Grundfragen der Politik, Arbeitsrecht; Fragen der Weltanschauung und der Psychologie; Fragen der bildenden Kunst, Dichtung, Musik und Festgestaltung; Übungen im mündlichen und schriftlichen Gebrauch der Sprache; Gesundheitsfragen.

Die Bewerber, die mindestens 18 Jahre alt sein sollen, tun gut, sich möglichst jetzt schon mit ausführlichem Lebenslauf und Darlegung ihrer geistigen Interessen bei der Volkshochschule Gomburg bei Schwäbisch Hall zu melden.

Die diesjährige Generalversammlung

der Gesellschaft für Soziale Reform findet am 24. und 25. Oktober in Mannheim statt. Am ersten Tage wird die Reform des Schlichtungswesens an Hand von Vorträgen der Universitätsprofessoren Hugo Einzheimer, Frankfurt und Herbert v. Rederath, Bonn bearbeitet werden, wobei sowohl die juristischen Gesichtspunkte unter besonderer Berücksichtigung der Neuordnung des Tarifvertragsrechts als auch die volkswirtschaftlichen Wirkungen des Schlichtungswesens in der Bedeutung für das ganze Wirtschaftssystem behandelt werden sollen. Am zweiten Tage soll eine große Aussprache über die heutige deutsche Sozialpolitik unter dem Gesichtspunkte geführt werden, inwieweit ihr ein produktiver Charakter beizumessen ist. Die Einleitung zu dieser Debatte wird ein Referat des Berliner Nationalökonomischen Professors Götz Briefs über den wirtschaftlichen Wert der Sozialpolitik geben. Anmeldungen zur Teilnahme an der Tagung sind an das Generalsekretariat der Gesellschaft für Soziale Reform, Berlin W. 30, Rollendorffstr. 29—30, schriftlich zu richten.

Das Generalsekretariat erteilt auch nähere Auskunft über die Tagung.

Vorsicht beim Abschluß von Versicherungsverträgen.

Es ist erstaunlich, mit welcher Leichtfertigkeit und Sorglosigkeit manchmal Arbeiter Versicherungsverträge unterschreiben, ohne sich vorher den Inhalt der Versicherungsbedingungen genauestens durchzulesen. Dabei kann man noch eine zweite Erfahrung machen und zwar die, daß häufig Arbeiter, denen der Beitrag zur Organisation mit 80 Pfg. oder 1,— Mark pro Woche zu hoch ist und die deshalb entweder der Organisation überhaupt nicht angehören, oder in ihr nur den Mindestbeitrag zahlen, durchaus bereit sind, in einer Zusatzkrankenversicherung einen Monatsbeitrag von zehn Mark und darüber zu zahlen, obgleich die Leistungen dieser Kassen im Verhältnis von Leistung und Beitrag ganz erheblich hinter den Leistungen der Organisation, vor allem des Gewerkschafts, zurückbleiben. Nun soll ja gegen den Abschluß solcher Versicherungen an und für sich nichts gesagt werden, soweit es sich um reelle Versicherungsgesellschaften handelt, aber jeder, der eine solche Versicherung abschließt, sollte sich zum mindesten ehe er irgend eine Unterschrift leistet, den Versicherungsvertrag genauestens durchlesen. Am besten ist es, wenn jeder der einen solchen Vertrag unterschreiben soll, falls er es nicht vorzieht dem Agenten zu zeigen, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat, sich den Vertrag vorher drei- oder viermal durchliest. Er wird nämlich beim öfteren Durchlesen manche Hintertüren in den Verträgen finden, die ihm, falls er es nicht vorzieht, auf den Abschluß des Vertrages zu verzichten, später große Ungelegenheiten bereiten können. Die Versicherungsverträge sind meist so raffiniert ausgeklügelt, daß die Versicherungsgesellschaft mit Auslegung des Vertrages vor den Gerichten immer Recht behält und zwar auch dann, wenn nach Recht und Billigkeit gesehen das Verhalten der Versicherung das größte Unrecht darstellt und einem Nepp und Schwandel genau so ähnlich sieht wie ein Ei dem anderen.

Diese Erfahrungen müssen leider viele Arbeiter recht teuer bezahlen. Eine solche „teure Erfahrung“ machte unser Kollege St. in P. mit einer Gesellschaft in Berlin. Durch einen Agenten der Versicherung hatte er sich vor einigen Jahren den Abschluß einer Krankenversicherung mit einem Monatsbeitrag von 11,— M. aufschwanken lassen. Im Laufe der Zeit fand St. doch ein Haar in dem Vertrage, auch fiel ihm die Zahlung der Monatsbeiträge sehr schwer. Nach den Bestimmungen des Vertrages konnte er jedoch das Versicherungsverhältnis nur einmal im Jahr lösen und zwar durch einmonatliche Kündigung zum 30. Juni jeden Jahres. Falls an diesem Termin eine Kündigung nicht ausgesprochen wurde, lief nach den Vertragsbestimmungen der Versicherungsvertrag ein weiteres Jahr. Am 1. Juni 1928 kündigte St. den Versicherungsvertrag. Jetzt aber zeigte sich die Versicherungsgesellschaft in ihrer ganzen Größe. Sie erklärte unter Berufung auf die Versicherungsbedingungen die Kündigung für ungültig, weil angeblich das Kündigungsschreiben erst am 2. Juni, also zwei Tage zu spät, in der Hand der Versicherung gekommen und somit die monatliche Kündigungsfrist nicht gewahrt sei und verlangte

von St. die Weiterzahlung der Beiträge auf ein weiteres Jahr. St. blieb trotz dieser Mitteilung mit den Beiträgen im Rückstand, worauf die Versicherung ihm im Juli vorigen Jahres mitteilte, daß sie zwar jede Gewährung von Versicherungsleistungen ablehne, aber von ihm die Zahlung der Beiträge bis zum Ablauf des Versicherungsjahres fordere. Diese Forderung machte dann die Versicherung auf dem Klagewege geltend und hatte auch, da die Versicherungsbedingungen und ihre Auslegung durch die Versicherungsgesellschaft von den Gerichten gebilligt wurden, Erfolg. Das Gericht brachte zwar zum Ausdruck, daß die Versicherungsbedingungen reichlich unklar seien und der einfache Mann aus dem Volke sich in ihnen, vor allem in ihren juristischen Auslegungsmöglichkeiten sehr schwer zurecht finden könne, aber diese Mängel wurden nicht als ausreichend betrachtet, um den Vertrag als sittenwidrig und gegen Treu und Glauben verstößend zu erklären. Kollege St. mußte also für weitere 12 Monate Beiträge in Höhe von 132 Mark nebst Zinsen und die Gerichtskosten zahlen, ohne seinerseits Ansprüche an die Versicherung geltend machen zu können. Das ist nach den Empfindungen des gesunden Menschenverstandes ganz klarer Nepp, der hier von der Versicherungsgesellschaft getrieben wurde, den aber die Gerichte wegen der nach allen juristischen Feinheiten ausgearbeiteten Versicherungsbedingungen nicht verhindern konnten. Einen Vergleich lehnte die Versicherung glattweg ab.

Dieser Vorgang zeigt, daß jeder beim Abschluß von Versicherungen, überhaupt bei den sogenannten Krankenversicherungen, vorsichtig sein muß. Jedem Gewerkschaftskollegen, der irgend eine Versicherung abschließen will, kann nur immer wieder geraten werden sich an unsere Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft in Berlin-Schöneberg (Post Friedenau), Hähnelstr. 15 a zu wenden. Bei diesen Versicherungen, an denen auch die Gewerkschaften beteiligt sind, sind solche Uebervorteilungen ausgeschlossen.

Darum nochmals Vorsicht beim Abschluß von Versicherungsverträgen. lest euch vorher die Bedingungen eingehend durch und laßt euch nicht durch das Geschwätz von Agenten zur Unterschrift verleiten, wenn ihr vor Schaden bewahrt bleiben wollt.

Sterbe-Umlagekassen führen zu Katastrophen!

So sagt ein hervorragender Sachverständiger, Regierungsrat Dr. Kühne, Mitglied des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung, in der Nr. 3 der Zeitschrift des Reichsbundes der höheren Beamten. Dieser Reichsbund hatte unlängst beschlossen, seine noch auf dem Umlageverfahren beruhende Sterbekasse alsbald auf das Prämienverfahren umzustellen und die Kasse in einen Versicherungsverein umzuwandeln. Der angefehene Verfasser schreibt:

„Eine Sterbeumlagekasse trägt immer den Keim des Verfalls in sich, es sei dem, daß zwangsläufig für den Neuzugang jüngerer Mitglieder gesorgt ist. Es ergibt sich bei der Umlagekasse regelmäßig der Mißstand, daß junge Mitglieder nicht mehr beitreten, da sie für die alten mitbezahlten müssen und anderweitig billigeren Versicherungsschutz erhalten. Infolgedessen steigt das Durchschnittsalter der Mitglieder und damit auch ihre Sterblichkeit: die Umlagen werden mit der Zeit häufiger und höher; und, da nun für die noch verbliebenen jüngeren Mitglieder die Mitgliedschaft ebenfalls unvorteilhaft wird, treten diese aus, was eine neue Häufung und Erhöhung von Umlagen zur Folge hat.

So setzt sich dieser Vorgang schließlich lawinenartig fort, und die älteren Mitglieder stehen dann plötzlich ohne wirksamen Versicherungsschutz da. Um in diesem Sinne die Interessen aller Sterbekassenmitglieder zu wahren und eine, wenn auch in der Ferne, aber doch schließlich vorauszuweisende Katastrophe abzuwenden, ist die Umgründung der Sterbekasse erfolgt.“

Mit diesem Urteil eines hervorragenden Sachverständigen wird nun hoffentlich jeder, der noch in einer Umlagekasse ist, für einen soliden Versicherungsschutz gewonnen werden können, den am besten unsere Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft in Berlin-Friedenau, Hähnelstraße 15 a gewährt. Man wende sich noch heute an sie.

Einen Fortbildungskursus für gemeinnützige Rechtsbeihilfe

veranstaltet das Soziale Museum in der Zeit vom 16. bis 28. September 1929 in der Frankfurter Universität. Der Kursus, für dessen Unterricht erprobt, mit der Rechtsberatungspraxis vertraute Juristen gewonnen worden sind, ist in erster Linie für Leiter und Mitarbeiter von Arbeitersekretariaten, Frauenrechtsbüros, Rechtsauskunftsstellen, Volksbüros, Wohlfahrts- und Jugendämtern und ähnlichen gemeinnützigen Einrichtungen bestimmt. Gewerkschaftliche Rechtsberater sind ausgeschlossen. In 34 akademischen Doppelstunden, die Vortrag mit Aussprache verbinden, werden folgende Stoffe behandelt:

Bürgerliches Recht, Zivilprozeß, Arbeitsrecht, Tarifvertragsrecht, Betriebsratgesetz, Arbeitsprozeßrecht, Kündigungsbeschränkungen und neuere Entscheidungen im Sozialversicherungsrecht. — Diese Kurse haben in den früheren Jahren viel Anlauf bei den in Betracht kommenden Kreisen gefunden und werden immer stärker besucht. Nähere Auskunft erteilt das Soziale Museum E. B. in Frankfurt a. M., Universität, das auch das Programm versendet. Es empfiehlt sich baldige Anmeldung, da die Teilnehmerzahl beschränkt bleiben muß.

Aus den Ortsvereinen.

Breslau. Der hiesige Ortsverein der Holzarbeiter blüht in diesem Jahre auf ein 60 jähriges Bestehen zurück. Aus diesem Anlaß findet am Sonnabend, den 21. August im Gesellschaftshaus Bergkeller eine Feier statt, verbunden mit Konzert und Tanz. Die Festrede hat Kollege Volkmann-Berlin übernommen. Die Ortsvereine sowie die Mitglieder mit ihren Frauen sind hiermit auf das herzlichste eingeladen. Ehrenpflicht eines jeden Kollegen ist es, an dieser denkwürdigen Feier teilzunehmen.

Briefkasten.

R. in B. Das ist eine Verwechslung. F. Barnholt hat eine Broschüre geschrieben, betitelt: „Arbeiter und Politik.“ Diese ist im Jahre 1911 als Heft 18 der Zeitschriften des Nationalvereins für das liberale Deutschland erschienen. Buchhandlung Nationalverein, München.

Die andere von Fritz Barnholt geschriebene Broschüre (24 Seiten) heißt: „Die Deutschen Gewerkschaften im Strome des öffentlichen Lebens“, diese wurde vom Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter herausgegeben. Eine kleine Auflage ist noch vorhanden und vom Hauptbüro für 10 Pfg. das Stück zu beziehen. E.

Das Buch Nr. 30545 Alfred Grabowski-Danzig

ist verloren gegangen. Dasselbe wird hiermit für ungültig erklärt. Unterföhlung darf auf dies Buch nicht gezahlt werden.

Der Hauptvorstand.

Ausschreibung.

Durch den Tod des Kollegen Barnholt ist die Bezirksleiterstelle für Süddeutschland frei geworden.

Der Hauptvorstand hat beschlossen, die Stelle neu zu besetzen und zur Bewerbung auszusprechen.

Als Bewerber sind nur Mitglieder des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter zugelassen. Diese müssen längere Zeit praktische Erfahrungen im Gewerkschaftsleben gesammelt und die Fähigkeit haben zu agitatorischer und organisatorischer Tätigkeit, zur Führung von Verhandlungen bei Lohn- und Vertragsbewegungen und die Mitglieder in arbeitsrechtlichen Fragen vertreten können.

Mitglieder, die sich um die freigewordene Stelle bewerben wollen, haben der Bewerbung einen kurz geschriebenen Lebenslauf nebst Angaben über ihre bisherige Tätigkeit im Gewerkschaftsverein beizufügen und die Eingabe bis zum 1. September 1929 an das Hauptbüro Berlin, NO. 55, Greifswalder Straße 221—23 einzureichen.

Der Hauptvorstand.

Baumwolle Kattede i. D.

von C. Rhode. Programm frei. Polierturke u. Vorberreit. auf die Meisterprüfung.



Einheitliche Vereinsabzeichen!

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsnadel kostet das Stück 50 Pfg. In derselben Aufmachung sind wieder, wie vor dem Kriege, Marschkettenknöpfe angefertigt zum Preise von 1,20 M. das Paar. Auch diese sind wie die Vereinsnadel vom Hauptbüro durch die Ortsvereine zu beziehen.

Desgleichen sind Jubiläumsabzeichen für 25 jährige Mitgliedschaft in derselben Form mit Silbertranz und der Zahl 25 in der Spitze für 2,50 M. das Stück vom Hauptbüro zu beziehen.